

520 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates XXI. GP

Ausgedruckt am 4. 5. 2001

Regierungsvorlage

ABKOMMEN

ZWISCHEN DER REPUBLIK ÖSTERREICH UND DER REPUBLIK SLOWENIEN ÜBER DIE GEGENSEITIGE FÖRDERUNG UND DEN SCHUTZ VON INVESTITIONEN

DIE REPUBLIK ÖSTERREICH UND DIE REPUBLIK SLOWENIEN, im Folgenden die „Vertragsparteien“ genannt,

von dem Wunsche geleitet, die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen beiden Staaten zu intensivieren,

in der Absicht, günstige Voraussetzungen für Investitionen von Investoren der einen Vertragspartei im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei auf der Grundlage der Gleichheit und des gegenseitigen Nutzens zu fördern und zu schaffen,

in der Erkenntnis, dass die gegenseitige Förderung und der gegenseitige Schutz von Investitionen auf Grund dieses Abkommens Geschäftsinitiativen anregen wird,

in erneuter Bekräftigung ihrer Verpflichtung zur Einhaltung international anerkannter Arbeitsnormen,

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

Definitionen

Für die Zwecke dieses Abkommens

1. bezeichnet der Begriff „Investor“
 - a) natürliche Personen, die in Übereinstimmung mit ihren Rechtsvorschriften Staatsangehörige einer der beiden Vertragsparteien sind, und
 - b) juristische Personen, einschließlich Körperschaften, gewerbliche oder andere Unternehmen, Vereinigungen oder jedes andere Gebilde, das nach den Rechtsvorschriften dieser Vertragspartei gegründet oder errichtet wurde und im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei eine Investition tätigt oder getätigt hat.
2. bezeichnet der Begriff „Investition durch einen Investor einer Vertragspartei“ alle Vermögenswerte, die im Besitz oder unter der direkten oder indirekten Kontrolle eines Investors einer Vertragspartei im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei stehen, einschließlich:
 - a) Eigentum an beweglichen und unbeweglichen Sachen sowie sonstige dingliche Rechte wie Hypotheken, Zurückbehaltungsrechte, Pfandrechte und ähnliche Rechte;
 - b) Anteilsrechte, Aktien und andere Arten von Beteiligungen an einem Unternehmen und daraus abgeleitete Rechte;
 - c) Obligationen, Schuldverschreibungen, Darlehen und andere Forderungen und daraus abgeleitete Rechte;
 - d) Ansprüche auf Geld oder auf eine Leistung, die einen wirtschaftlichen Wert hat und mit einer Investition im Zusammenhang steht;
 - e) geistige Schutzrechte, technische Verfahren, Goodwill und Know-how;
 - f) durch Gesetz oder Verwaltungsakt einer zuständigen staatlichen Einrichtung oder durch Vertrag übertragene Rechte, einschließlich Konzessionen für die Erkundung, Erforschung und Ausbeutung von Bodenschätzen.

Jede Änderung der Art und Weise, in der Vermögenswerte investiert oder reinvestiert werden, beeinträchtigt nicht ihre Eigenschaft als Investition, vorausgesetzt, dass eine derartige Änderung in Übereinstimmung mit den Gesetzen und sonstigen Rechtsvorschriften der Vertragspartei, in deren Hoheitsgebiet die Investition getätigt wurde, erfolgt.

3. bezeichnet der Begriff „Erträge“ die Beträge, die eine Investition erbringt und umfasst insbesondere, aber nicht ausschließlich, Gewinne, Dividenden, Zinsen, Tantiemen oder sonstige mit der Investition im Zusammenhang stehende Einkünfte, einschließlich Lizenzgebühren und anderer Entgelte.
4. bezeichnet der Begriff „Hoheitsgebiet“ in Hinblick auf jede Vertragspartei das Gebiet in ihrer Hoheitsgewalt, einschließlich des Luftraums und der Meeresgebiete, über die die betreffende Vertragspartei in Übereinstimmung mit nationalem Recht und dem Völkerrecht souveräne Rechte oder Zuständigkeit ausübt.
5. bezeichnet der Begriff „indirekte Kontrolle“ die tatsächliche Kontrolle, die nach Prüfung der jeweiligen Umstände im Einzelfall festgelegt wird. Bei einer derartigen Prüfung sind sämtliche wesentlichen Faktoren zu berücksichtigen, einschließlich
 - a) der finanziellen Beteiligung, einschließlich Aktienbeteiligung des Investors an der Investition,
 - b) die Fähigkeit des Investors, einen entscheidenden Einfluss auf die Verwaltung und Geschäftstätigkeit in Bezug auf die Investition auszuüben, sowie
 - c) die Fähigkeit des Investors, einen entscheidenden Einfluss auf die Wahl der Mitglieder des Direktoriums oder eines anderen Vorstandsgremiums auszuüben.

Besteht Zweifel darüber, ob ein Investor eine direkte oder indirekte Kontrolle über eine Investition ausübt, so muss der die Kontrolle beanspruchende Investor nachweisen, dass eine derartige Kontrolle besteht.

Artikel 2

Förderung und Schutz von Investitionen

(1) Jede Vertragspartei fördert und unterstützt nach Möglichkeit in ihrem Hoheitsgebiet Investitionen von Investoren der anderen Vertragspartei und lässt diese Investitionen in ihrem Hoheitsgebiet in Übereinstimmung mit ihren Gesetzen und sonstigen Rechtsvorschriften zu.

(2) Jede Vertragspartei gewährt Investitionen durch Investoren der anderen Vertragspartei jederzeit eine gerechte und billige Behandlung.

(3) Investitionen durch Investoren einer Vertragspartei genießen vollen und dauerhaften Schutz und Sicherheit im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei. Keine Vertragspartei beeinträchtigt durch unangemessene, willkürliche oder diskriminierende Maßnahmen die Verwaltung, die Instandhaltung, die Nutzung, den Genuss oder die Veräußerung von in ihrem Hoheitsgebiet durch Investoren der anderen Vertragspartei getätigten Investitionen.

Artikel 3

Inländergleichbehandlung und Meistbegünstigung

(1) Jede Vertragspartei gewährt Investoren der anderen Vertragspartei und deren Investitionen hinsichtlich der Verwaltung, des Betriebs, der Instandhaltung, der Nutzung, des Genusses, der Veräußerung und der Liquidation einer Investition, je nachdem, was für den Investor günstiger ist, eine nicht weniger günstige Behandlung als ihren eigenen Investoren und deren Investitionen oder Investoren dritter Staaten und deren Investitionen.

(2) Keine Bestimmung dieses Artikels ist dahingehend auszulegen, dass sie eine Vertragspartei verpflichtet, den Investoren der anderen Vertragspartei den Vorteil einer Behandlung, Präferenz oder eines Privilegs einzuräumen, welcher sich ergibt aus

- a) der Mitgliedschaft in einer Freihandelszone, einer Zollunion, eines gemeinsamen Marktes, einer Wirtschaftsgemeinschaft oder eines multilateralen Investitionsabkommens,
- b) einem internationalen Abkommen oder einer innerstaatlichen Rechtsvorschrift über Steuerfragen.

Artikel 4

Transparenz

(1) Jede Vertragspartei veröffentlicht ihre Gesetze, Rechtsvorschriften, Verfahren sowie internationale Abkommen, die die Wirksamkeit dieses Abkommens beeinflussen können, unverzüglich oder macht diese in anderer Form öffentlich zugänglich.

(2) Jede Vertragspartei behandelt bereitwillig spezielle Fragen und stellt der anderen Vertragspartei auf Verlangen Informationen über in Absatz 1 genannte Angelegenheiten zur Verfügung.

(3) Von keiner Vertragspartei darf verlangt werden, über bestimmte Investoren oder Investitionen Informationen, deren Bekanntgabe die Gesetzesvollstreckung behindern oder gegen die Gesetze und Rechtsvorschriften zum Schutz der Vertraulichkeit verstoßen würde, zu beschaffen oder Zugang zu diesen zu gewähren.

Artikel 5

Enteignung und Entschädigung

(1) Eine Vertragspartei darf Investitionen eines Investors der anderen Vertragspartei weder direkt noch indirekt enteignen oder verstaatlichen oder sonstige Maßnahmen mit gleicher Wirkung (im Folgenden „Enteignung“ genannt) ergreifen, ausgenommen:

- a) zu einem Zweck von öffentlichem Interesse,
- b) auf der Grundlage der Nichtdiskriminierung,
- c) auf Grund eines ordentlichen Verfahrens sowie
- d) in Verbindung mit einer umgehenden, angemessenen und effektiven Entschädigungszahlung in Übereinstimmung mit den nachstehenden Absätzen 2 und 3.

(2) Die in Absatz 1 genannten Entschädigungen sind auf der Grundlage des gerechten Marktwertes der Investition unmittelbar vor dem Zeitpunkt, zu dem die tatsächliche oder drohende Enteignung öffentlich bekannt wurde, je nachdem, welches der frühere Zeitpunkt ist, zu berechnen. Sie enthalten Zinsen zum handelsüblichen Zinssatz für die Währung, in der die Zahlung erfolgt, ab dem Zeitpunkt der Enteignung bis zum Zeitpunkt der Zahlung und sind frei transferierbar und voll verfügbar. Kommt es zu einer Verzögerung, so trägt das Gastland die auf Grund der Verzögerung entstandenen Kursverluste.

(3) Ein Investor, dessen Investitionen enteignet werden, hat gemäß den Rechtsvorschriften der Vertragspartei, die die Enteignung vornimmt, das Recht, den Fall und die Bewertung der Investitionen in Übereinstimmung mit den Bestimmungen dieses Artikels durch ein richterliches oder anderes zuständiges Organ dieser Vertragspartei umgehend überprüfen zu lassen.

Artikel 6

Entschädigung für Verluste

(1) Investoren einer Vertragspartei, deren Investitionen im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei auf Grund eines Krieges oder anderen bewaffneten Konfliktes, eines nationalen Aufstands, Notstands oder ähnlichen Ereignisses oder auf Grund höherer Gewalt einen Verlust erleiden, erfahren hinsichtlich der getroffenen Maßnahmen im Zusammenhang mit derartigen Verlusten, einschließlich Schadenersatz, Entschädigung und Rückerstattung durch die letztgenannte Vertragspartei eine nicht weniger günstige Behandlung als jene, die die letztgenannte Vertragspartei ihren eigenen Investoren oder Investoren eines Drittstaates gewährt.

(2) Ein Investor einer Vertragspartei, der bei einem in Absatz 1 genannten Ereignis einen Verlust erleidet durch

- a) Beschlagnahme seiner Investition oder eines Teiles davon durch die Streitkräfte oder Organe der anderen Vertragspartei oder
- b) Zerstörung seiner Investition oder eines Teiles davon durch die Streitkräfte oder Organe der anderen Vertragspartei, die unter den gegebenen Umständen nicht erforderlich war,

erhält auf jeden Fall von Seiten der letztgenannten Vertragspartei eine Rückerstattung oder Entschädigung, die in beiden Fällen unverzüglich, angemessen und effektiv sein muss und, was die Entschädigung betrifft, in Übereinstimmung mit Artikel 5 Absatz 2 und 3 erfolgt.

Artikel 7

Transfers

(1) Jede Vertragspartei gewährt Investoren der anderen Vertragspartei den freien Transfer von Geldmitteln im Zusammenhang mit ihren Investitionen in ihr und aus ihrem Hoheitsgebiet, und zwar insbesondere, aber nicht ausschließlich:

- a) das Anfangskapital und zusätzliche Beträge zur Aufrechterhaltung oder Ausweitung einer Investition;
- b) Erträge;
- c) Zahlungen auf Grund von Verträgen einschließlich Darlehensverträgen;

- d) Erlöse aus der vollständigen oder teilweisen Veräußerung oder Liquidation einer Investition;
- e) Entschädigungs- oder andere Zahlungen gemäß Artikel 5 und 6;
- f) Zahlungen auf Grund einer Streitbeilegung;
- g) Einkünfte und andere Bezüge von Beschäftigten aus dem Ausland, die in Zusammenhang mit der Investition eingestellt werden.

(2) Die in diesem Artikel genannten Transfers erfolgen ohne Einschränkung und ohne Verzögerung zu dem am Tag der Transferzahlung am Devisenmarkt geltenden Wechselkurs und werden in einer frei konvertierbaren Währung getätigt.

(3) In Ermangelung eines Devisenmarktes ist der anzuwendende Kurs jener des letzten Wechselkurses für die Umrechnung von Devisen in Sonderziehungsrechte.

(4) Unbeschadet der Absätze 1 bis 3 kann eine Vertragspartei einen Transfer durch die billige, nicht diskriminierende und in gutem Glauben erfolgte Anwendung ihrer Rechtsvorschriften in Hinblick auf:

- a) Konkurse, Insolvenzen oder den Schutz der Rechte von Gläubigern;
- b) die Ausgabe von und den Handel mit Wertpapieren;
- c) strafrechtliche Delikte oder
- d) zur Sicherung der Befolgung von Anordnungen oder Entscheidungen in Gerichtsverfahren verhindern, vorausgesetzt, dass diese Maßnahmen und ihre Anwendung nicht dazu dienen, Zusagen oder Verpflichtungen der Vertragspartei gemäß diesem Abkommen zu umgehen.

Artikel 8

Eintrittsrecht

Leistet eine Vertragspartei oder eine von ihr hierzu ermächtigte Einrichtung einem Investor auf Grund einer Schadloshaltung, Garantie oder eines Versicherungsvertrages für eine Investition im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei eine Zahlung, so anerkennt die letztgenannte Vertragspartei die Übertragung aller Rechte und Ansprüche des Investors auf die erstgenannte Vertragspartei oder der von ihr hierzu ermächtigten Einrichtung sowie das Recht der erstgenannten Vertragspartei oder der von ihr hierzu ermächtigten Einrichtung, alle diese Rechte und Ansprüche auf Grund des Eintrittsrechts in gleichem Umfang wie ihr Rechtsvorgänger auszuüben.

Artikel 9

Andere Verpflichtungen

Jede Vertragspartei hält jede Verpflichtung, die sie hinsichtlich spezieller Investitionen durch Investoren der anderen Vertragspartei eingegangen ist, ein.

Artikel 10

Nichtgewährung von Vorteilen

Eine Vertragspartei kann einem Investor der anderen Vertragspartei und dessen Investitionen die Vorteile aus diesem Abkommen verwehren, wenn Investoren einer Partei, die nicht Vertragspartei ist, ein Eigentumsrecht oder eine Kontrolle über den erstgenannten Investor ausüben, und dieser Investor im Hoheitsgebiet der Vertragspartei, nach deren Rechtsvorschriften er gegründet wurde oder organisiert ist, keine entscheidende Geschäftstätigkeit ausübt.

Artikel 11

Beilegung von Streitigkeiten zwischen einer Vertragspartei und einem Investor der anderen Vertragspartei

(1) Jede Streitigkeit zwischen einer Vertragspartei und einem Investor der anderen Vertragspartei über eine behauptete Nichteinhaltung einer Verpflichtung der Erstgenannten aus diesem Abkommen, die einen Verlust oder Schaden für den Investor oder seine Investition mit sich bringt, wird durch Verhandlungen freundschaftlich beigelegt.

(2) Kann eine derartige Streitigkeit nicht innerhalb von drei (3) Monaten ab dem Zeitpunkt, zu dem eine Beilegung beantragt wird, beigelegt werden, so kann der betroffene Investor die Streitigkeit zur Entscheidung unterbreiten:

- a) dem zuständigen Gericht oder Verwaltungsgericht der Vertragspartei;
- b) einem Schiedsgericht, das eingerichtet wird:
 - i) gemäß den Schiedsregeln der Kommission der Vereinten Nationen für Internationales Handelsrecht (UNCITRAL);

- ii) den Schiedsregeln der Internationalen Handelskammer (ICC);
 - iii) den Regeln des Internationalen Zentrums zur Beilegung von Investitionsstreitigkeiten (ICSID), das auf Grund des in Washington D.C. am 18. März 1965 zur Unterzeichnung aufgelegten Übereinkommens zur Beilegung von Investitionsstreitigkeiten zwischen Staaten und Staatsangehörigen anderer Staaten geschaffen wurde;
- c) jeder anderen Form von Streitbeilegung, auf die sich die Streitparteien einigen.

(3) Jede Vertragspartei stimmt hiermit uneingeschränkt zu, eine Investitionsstreitigkeit einem internationalen Vergleichs- oder Schiedsverfahren zu unterwerfen. Diese Zustimmung beinhaltet den Verzicht auf das Erfordernis, dass die Rechtsmittel im innerstaatlichen Verwaltungs- oder Gerichtsverfahren erschöpft sind.

(4) Der Investor hat nur so lange die Wahl, die Streitigkeit gemäß Absatz 2 lit. b zur Entscheidung zu unterbreiten, als bezüglich derselben Forderung in dem Verfahren nach Absatz 2 lit. a in erster Instanz keine Entscheidung ergangen ist.

(5) Eine Vertragspartei macht nicht als Einwand, Gegenforderung, Aufrechnung oder aus einem anderen Grund geltend, dass eine Entschädigung oder andere Form von Schadenersatz bezüglich des gesamten behaupteten Schadens oder eines Teiles davon auf Grund einer Schadloshaltung, Garantie oder eines Versicherungsvertrages geleistet wurde oder geleistet wird.

(6) Strittige Angelegenheiten gemäß Artikel 9 werden in Ermangelung einer anderen Vereinbarung gemäß den Rechtsvorschriften der Vertragspartei, die Streitpartei ist, einschließlich ihrer Regelungen des Internationalen Privatrechts, der Rechtsvorschriften über die Genehmigung bzw. Vereinbarung sowie der anwendbaren Regeln des Völkerrechts geregelt.

(7) Der Schiedsspruch ist für beide Streitparteien endgültig und bindend. Jede Vertragspartei sorgt für die umgehende und wirksame Anerkennung und Vollstreckung von Schiedsurteilen gemäß diesem Artikel.

Artikel 12

Beilegung von Streitigkeiten zwischen den Vertragsparteien

(1) Streitigkeiten zwischen den Vertragsparteien über die Auslegung und Anwendung dieses Abkommens werden, soweit wie möglich, freundschaftlich durch Verhandlungen auf diplomatischem Wege beigelegt.

(2) Können die Vertragsparteien nicht innerhalb von drei (3) Monaten nach Verhandlungsbeginn eine Einigung erzielen, so wird die Streitigkeit auf Verlangen einer Vertragspartei in Übereinstimmung mit den Bestimmungen dieses Artikels einem Schiedsgericht unterbreitet.

(3) Ein derartiges Schiedsgericht setzt sich für jeden einzelnen Fall wie folgt zusammen: Innerhalb von zwei Monaten nach Erhalt des Antrags bestellt jede Vertragspartei ein Mitglied des Schiedsgerichts. Diese beiden Mitglieder wählen dann einen Staatsangehörigen eines Drittlandes, mit dem beide Vertragsparteien diplomatische Beziehungen unterhalten, der mit Zustimmung der beiden Vertragsparteien zum Vorsitzenden des Schiedsgerichts bestellt wird. Der Vorsitzende ist innerhalb von drei (3) Monaten ab dem Zeitpunkt der Bestellung der anderen beiden Mitglieder zu bestellen.

(4) Werden innerhalb der in Absatz 3 dieses Artikels festgelegten Fristen die erforderlichen Ernennungen nicht vorgenommen, kann in Ermangelung einer anderen Vereinbarung jede Vertragspartei den Präsidenten des Internationalen Gerichtshofes ersuchen, die erforderlichen Ernennungen vorzunehmen. Besitzt der Präsident die Staatsangehörigkeit einer der beiden Vertragsparteien oder ist er aus einem anderen Grund verhindert, diese Funktion auszuüben, so ist der Vizepräsident aufzufordern, die erforderlichen Ernennungen vorzunehmen. Besitzt der Vizepräsident die Staatsangehörigkeit einer der beiden Vertragsparteien oder ist er verhindert, diese Funktion auszuüben, so ist das nächstdienstälteste Mitglied des Internationalen Gerichtshofes, das kein Staatsangehöriger einer Vertragspartei ist, aufzufordern, die erforderlichen Ernennungen vorzunehmen.

(5) Das Schiedsgericht trifft seine Entscheidungen mit Stimmenmehrheit. Die Entscheidungen des Gerichts sind endgültig und für beide Streitparteien bindend.

(6) Jede Vertragspartei trägt die Kosten ihres Mitglieds und die Kosten ihrer Rechtsvertretung in dem Schiedsverfahren. Die Kosten des Vorsitzenden sowie die sonstigen Kosten werden von beiden

Vertragsparteien zu gleichen Teilen getragen. Das Schiedsgericht kann eine andere Kostenregelung treffen.

(7) In jeder anderen Hinsicht beschließt das Gericht, sofern die Vertragsparteien nicht etwas anderes bestimmen, seine Verfahrensordnung selbst.

Artikel 13

Anwendung anderer Vorschriften

Enthalten Gesetzesvorschriften einer Vertragspartei oder völkerrechtliche Verpflichtungen, die derzeit zwischen den Vertragsparteien zusätzlich zu diesem Abkommen bestehen oder später geschaffen werden, eine allgemeine oder spezielle Vorschrift, wonach Investitionen von Investoren der anderen Vertragspartei eine günstigere Behandlung als die in diesem Abkommen vorgesehene zu gewähren ist, so gehen diese Bestimmungen, soweit sie günstiger sind, diesem Abkommen vor.

Artikel 14

Anwendung des Abkommens

Dieses Abkommen gilt für alle Investitionen, die Investoren der einen Vertragspartei im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei in Übereinstimmung mit ihren Gesetzen und sonstigen Rechtsvorschriften sowohl vor als auch nach Inkrafttreten dieses Abkommens vorgenommen haben oder vornehmen werden. Dieses Abkommen gilt nicht für Investitionen, die einem Streitbeilegungsverfahren gemäß dem am 25. Oktober 1989 unterzeichneten Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien über die Förderung und den Schutz von Investitionen unterworfen wurden, das auf sie bis zur Streitbeilegung weiterhin Anwendung findet.

Artikel 15

Konsultation

Jede Vertragspartei kann, wann immer dies erforderlich ist, vorschlagen, Konsultationen über jede die Umsetzung dieses Abkommens betreffende Frage vorzunehmen. Diese Konsultationen werden an einem Ort und zu einem Zeitpunkt, der auf diplomatischem Wege vereinbart wird, abgehalten.

Artikel 16

In-Kraft-Treten und Dauer

(1) Dieses Abkommen tritt am ersten Tag des dritten Monats nach dem Tag des Einlangens der letzten diplomatischen Note in Kraft, die bestätigt, dass die Vertragsparteien die durch nationale Rechtsvorschriften für das In-Kraft-Treten dieses Abkommens erforderlichen Bedingungen erfüllt haben.

(2) Dieses Abkommen bleibt für einen Zeitraum von zehn (10) Jahren in Kraft; es wird auf unbestimmte Zeit verlängert und kann von jeder Vertragspartei unter Einhaltung einer Kündigungsfrist von zwölf Monaten schriftlich auf diplomatischem Wege gekündigt werden.

(3) Für Investitionen, die vor dem Zeitpunkt des Außer-Kraft-Tretens dieses Abkommens getätigt wurden, gelten die Bestimmungen der Artikel 1 bis 15 noch für einen weiteren Zeitraum von zehn (10) Jahren vom Zeitpunkt des Außer-Kraft-Tretens des Abkommens an.

(4) Am Tag des In-Kraft-Tretens dieses Abkommens tritt das am 25. Oktober 1989 unterzeichnete Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien über die Förderung und den Schutz von Investitionen außer Kraft; dies gilt nicht für Investitionen, die einem Streitbeilegungsverfahren gemäß Artikel 14 dieses Abkommens unterliegen.

ZU URKUND DESSEN haben die dazu gehörig bevollmächtigten nachstehenden Vertreter dieses Abkommens unterzeichnet.

GESCHEHEN zu Wien, am 7. März 2001, in zwei Urschriften, in deutscher, slowenischer und englischer Sprache, wobei jeder Text gleichermaßen authentisch ist. Im Falle unterschiedlicher Auslegung geht der englische Text vor.

520 der Beilagen

7

Für die Republik Österreich:

Benita Ferrero-Waldner

Für die Republik Slowenien:

Dimitrij Rupel

SPORAZUM
MED REPUBLIKO AVSTRIJO IN REPUBLIKO SLOVENIJO O MEDSEBOJNEM
SPODBUJANJU IN ZAŠČITI NALOŽB

Republika Avstrija in Republika Slovenija, v nadaljevanju pogodbenici, sta se

v ýelji, da okreþita gospodarsko sodelovanje med drýavama,

z namenom, da spodbudita in ustvarita ugodne razmere za naloýbe vlagateljev ene pogodbenice na ozemlju druge pogodbenice na podlagi enakopravnosti in obojestranske koristi,

ob spoznanju, da bosta medsebojno spodbujanje in zašãita naloýb na podlagi tega sporazuma spodbujala poslovne pobude,

ponovno potrjujoã svojo zavezanost spoštovanju mednarodno priznanih standardov dela,

sporazumeli, kot sledi:

1. ãlen

Oprelitev pojmov

Za namen tega sporazuma:

1. Izraz »vlagatelj« pomeni:

- a) fiziãne osebe, ki so drýavljeni ene ali druge pogodbenice v skladu z njeno zakonodajo, in
- b) pravne osebe, vkljuãno s korporacijami, gospodarskimi in drugimi druýbami, zdruýenji, ali katere koli druge subjekte, ki so registrirani ali ustanovljeni v skladu z zakonodajo te pogodbenice,

ki izvajajo ali so izvedle naloýbo na ozemlju druge pogodbenice.

2. Izraz »naloýba vlagatelja pogodbenice« pomeni vsako vrsto premoýenja na ozemlju ene pogodbenice, ki je neposredno ali posredno v lasti ali pod nadzorom vlagatelja druge pogodbenice, vkljuãno:

- a) s premiãninami in nepremiãninami ter katerimi koli drugimi stvarnimi pravicami, kot so hipoteka, zaseg, zastava in podobne pravice;
- b) z deleýi, delnicami in drugimi oblikami kapitalске udeleýbe v druýbi ter pravicami, ki iz njih izhajajo;
- c) z obveznicami, zadolýnicami, posojili in drugimi oblikami dolga ter pravicami, ki iz njih izhajajo;
- d) z denarnimi terjatvami ali katerimi koli storitvami, ki imajo ekonomsko vrednost in so povezane z naloýbo,
- e) s pravicami na podroãju intelektualne lastnine, tehnoloških procesov, dobrega imena ter know-howa;
- f) s katero koli pravico, vkljuãno s koncesijami za iskanje, raziskovanje in izkorišãanje naravnih virov, ki jih z zakonom ali upravnim aktom podeljuje pristojni drýavni organ ali ki se podelijo s pogodbo.

Kakršna koli sprememba oblike, v kateri se premoýenje investira ali reinvestira, ne vpliva na njegovo naravo kot naloýbo pod pogojem, da je taka sprememba v skladu z zakoni in predpisi pogodbenice, na katere ozemlju je bila naloýba izvedena.

3. Izraz »dohodek« pomeni zneske, ki jih prinašajo naloýbe, in vkljuãuje zlasti, vendar ne izkljuãno, dobiãek, dividende, obresti, avtorske honorarje ali druge oblike dohodka, povezanega z naloýbami, vkljuãno z licenãninami in drugimi honorarji.

4. Izraz »ozemlje« pomeni za vsako pogodbenico ozemlje pod njeno suverenostjo, vkljuãno z zraãnim prostorom in morskimi obmoãji, nad katerimi ta pogodbenica izvaja suverenost ali jurisdikcijo v skladu z notranjim in mednarodnim pravom.

5. Izraz »posredni nadzor« pomeni dejanski nadzor, ugotovljen po pregledu dejanskih okolišãin za vsak primer posebej. Pri katerem koli takem pregledu je treba upoštevati vse pomembne dejavnike, vkljuãno z

- a) vlagateljevim finanãnim upraviãenjem pri naloýbi, vkljuãno s kapitalsko udeleýbo;
- b) vlagateljevo zmoýnostjo, da znatno vpliva na upravljanje in izvajanje naloýbe, in
- c) vlagateljevo zmoýnostjo, da znatno vpliva na izbiro ãlanov upravnega odbora ali katerega koli drugega organa upravljanja.

•e obstaja dvom, ali vlagatelj neposredno ali posredno nadzira določeno naložbo, nosi dokazno breme vlagatelj, ki trdi, da naložbo nadzoruje.

2. člen

Spodbujanje in zaščita naložb

1. Vsaka pogodbenica na svojem ozemlju spodbuja in pospešuje, kolikor je mogoče, naložbe vlagateljev druge pogodbenice in sprejema take naložbe na svoje ozemlje v skladu s svojimi zakoni in predpisi.

2. Vsaka pogodbenica naložbam vlagateljev druge pogodbenice trajno zagotavlja pošteno in pravično obravnavo.

3. Naložbe vlagateljev ene ali druge pogodbenice so deležne popolne in trajne zaščite in varnosti na ozemlju druge pogodbenice. Pogodbenica na noben način ne sme z neupravičenimi, samovoljnimi ali diskriminacijskimi ukrepi na svojem ozemlju ovirati vlagateljev druge pogodbenice pri upravljanju, vzdrževanju, uporabi in uživanju naložb ali razpolaganju z njimi.

3. člen

Nacionalna obravnava in obravnava po načelu države z največjimi ugodnostmi

1. Vsaka pogodbenica zagotovi vlagateljem druge pogodbenice in njihovim naložbam obravnavo, ki ni manj ugodna od tiste, ki jo zagotavlja svojim vlagateljem in njihovim naložbam ali vlagateljem katere koli tretje države in njihovim naložbam glede upravljanja, obratovanja, vzdrževanja, uporabe, uživanja, prodaje in likvidacije naložbe, kar je za vlagatelja ugodnejše.

2. Določb tega člena ni mogoče razlagati tako, da obvezujejo eno pogodbenico, da podeli vlagateljem druge pogodbenice kakršno koli prednostno obravnavo, ugodnost ali privilegij na podlagi:

- a) katerega koli članstva v prostotrgovinskem območju, carinski uniji, skupnem trgu, gospodarski skupnosti ali večstranskem sporazumu o naložbah;
- b) katerega koli mednarodnega sporazuma ali katere koli notranje zakonodaje, ki se nanaša na obdavčenje.

4. člen

Preglednost

1. Vsaka pogodbenica nemudoma objavi ali kako drugače omogoči javno dostopnost do svojih zakonov, predpisov, postopkov in mednarodnih sporazumov, ki lahko vplivajo na izvajanje sporazuma.

2. Vsaka pogodbenica z naklonjenostjo obravnava določena vprašanja in na zahtevo drugi pogodbenici zagotovi informacije o zadevah iz prvega odstavka.

3. Pogodbenici ni treba priskrbeti informacij o določenih vlagateljih ali naložbah ali omogočiti dostopa do takih informacij, katerih razkritje bi oviralo uveljavitev zakonov ali bilo v nasprotju z njenimi zakoni in predpisi, ki varujejo zaupnost.

5. člen

Razlastitev in nadomestilo

1. Pogodbenica ne sme neposredno ali posredno razlastiti ali nacionalizirati naložbe vlagatelja druge pogodbenice ali sprejeti nobenih ukrepov z enakovrednim učinkom (v nadaljevanju razlastitev), razen:

- a) za namen, ki je v javnem interesu,
- b) na nediskriminacijski podlagi,
- c) v skladu z zakonitim postopkom in
- d) ob plačilu takojšnjega, ustreznega in učinkovitega nadomestila v skladu z drugim in tretjim odstavkom spodaj.

Nadomestilo iz prvega odstavka tega člena se izračuna na podlagi poštene tržne vrednosti naložbe tik pred razlastitvijo ali preden je nameravana razlastitev postala javno znana, kar je prej. Nadomestilo se plača v prosto zamenljivi valuti brez odlašanja in vključuje obresti po komercialni stopnji, določene na tržni podlagi za valuto plačila od dneva razlastitve do dneva plačila, ter je prosto prenosljivo in dejansko unovčljivo. Ob zamudi država gostiteljica krije izgubo zaradi menjalnega tečaja, ki izhaja iz take zamude.

3. Vlagatelj, katerega naložbe so razlašene, ima po zakonodaji pogodbenice, ki je naložbo razlastila, pravico zahtevati, da sodni ali drug pristojni organ te pogodbenice nemudoma pregleda njegov primer in vrednotenje njegovih naložb v skladu z načeli iz tega člena.

10

520 der Beilagen

6. §len**Nadomestilo za izgube**

1. Vlagateljem ene pogodbenice, pri naložbah katerih so nastale izgube zaradi vojne ali drugega oboroženega spopada, revolucije, narodne vstaje, izrednega stanja ali kakega podobnega dogodka ali višje sile na ozemlju druge pogodbenice, ta druga pogodbenica zagotovi glede ukrepov, ki jih sprejme v zvezi s takšnimi izgubami, vključno z nadomestilom, odškodnino ali vzpostavitvijo prejšnjega stanja, nič manj ugodno obravnavo kot svojim vlagateljem ali vlagateljem katere koli tretje države.

2. Vlagatelju pogodbenice, ki ima v katerem koli od primerov iz prvega odstavka izgubo, ki je nastala zaradi:

- a) zaplembe njegove naložbe ali njenega dela, ki so jo izvedle sile ali organi druge pogodbenice, ali
- b) uničenja njegove naložbe ali njenega dela, ki so ga povzročile sile ali organi druge pogodbenice in ga niso narekemale razmere,

druga pogodbenica v vsakem primeru zagotovi vzpostavitev prejšnjega stanja ali nadomestilo, ki je v obeh primerih takojšnje, ustrezno in učinkovito, nadomestilo pa je tudi v skladu z drugim in tretjim odstavkom 5. §lena.

7. §len**Prenosi**

1. Vsaka pogodbenica jamči vlagateljem druge pogodbenice prost prenos sredstev v zvezi z njihovimi naložbami na svoje ozemlje in z njega ter zlasti, vendar ne izključno:

- a) začetnega kapitala in dodatnih prispevkov za vzdrževanje ali razvoj naložb;
- b) dohodka;
- c) plačil po pogodbah, vključno s posojilnimi pogodbami;
- d) izkupitka od celotne ali delne prodaje ali likvidacije naložbe;
- e) kakršnega koli nadomestila ali drugega plačila iz 5. in 6. §lena tega sporazuma;
- f) plačil, ki izhajajo iz rešitve spora;
- g) zaslužkov in drugih prejemkov osebja iz tujine, zaposlenega v zvezi z naložbo.

2. Prenosi iz tega §lena se opravijo brez omejitev ali odlašanja v pristojevalni valuti po tržnem menjalnem tečaju, ki velja na datum prenosa.

3. Če ni trga tujega denarja, se za tečaj uporabi zadnji menjalni tečaj za menjavo valut v posebne pravice opranja.

4. Ne glede na prvi, drugi in tretji odstavek lahko pogodbenica prepreči prenos s pravično, nediskriminacijsko in dobronamerno uporabo svoje zakonodaje, ki se nanaša na:

- a) stečaj, plačilno nesposobnost ali varstvo pravic upnikov;
- b) izdajanje vrednostnih papirjev, trgovanje ali poslovanje z njimi;
- c) kazniva dejanja ali
- d) zagotavljanje spoštovanja odredb ali sodb v sodnih postopkih,

pod pogojem, da se taki ukrepi in njihova uporaba ne uporabljajo kot sredstvo za izogibanje zavezam ali obveznostim pogodbenice po tem sporazumu.

8. §len**Subrogacija**

Če pogodbenica ali agencija, ki jo ta določa, opravi plačilo svojemu vlagatelju na podlagi danega jamstva, garancije ali pogodbe o zavarovanju v zvezi z naložbo na ozemlju druge pogodbenice, ta druga pogodbenica prizna prenos vseh pravic in terjatev vlagatelja na prvo pogodbenico ali agencijo, ki jo ta določa, in pravico prve pogodbenice ali agencije, ki jo ta določa, da na podlagi subrogacije uresničuje katero koli tako pravico in terjatev v enakem obsegu kot njen pravni predhodnik.

9. §len**Druge obveznosti**

Vsaka pogodbenica spoštuje katero koli obveznost, ki jo je prevzela glede določenih naložb vlagateljev druge pogodbenice.

10. člen

Odrekanje ugodnosti

Pogodbenica lahko vlagatelju druge pogodbenice in njegovim naložbam odreže ugodnosti po tem sporazumu, če imajo vlagatelj nepogodbenice v lasti ali pod nadzorom tega vlagatelja in ta vlagatelj nima pomembnejše poslovne dejavnosti na ozemlju pogodbenice, po katere zakonu je ustanovljen ali organiziran.

11. člen

Reševanje sporov med pogodbenico in vlagateljem druge pogodbenice

1. Kakršnen koli spor, ki lahko nastane med pogodbenico in vlagateljem druge pogodbenice v zvezi z domnevno kršitvijo obveznosti prve po tem sporazumu in povzroči vlagatelju ali njegovi naložbi izgubo ali škodo, se rešuje po mirni poti s pogajanjem.

2. Če takega spora ni mogoče rešiti v treh (3) mesecih od datuma zahteve za rešitev, lahko prizadeti vlagatelj spor predloži:

- a) pristojnemu sodišču ali upravnemu sodišču pogodbenice;
- b) arbitražnemu sodišču, ki se ustanovi po:
 - i) Arbitražnih pravilih Komisije Združenih narodov za mednarodno trgovinsko pravo (UNCITRAL);
 - ii) pravilih arbitraže Mednarodne trgovinske zbornice (ICC);
 - iii) pravilih Mednarodnega centra za reševanje investicijskih sporov (ICSID), ustanovljenega na podlagi Konvencije o reševanju investicijskih sporov med državami in državljani drugih držav, ki je bila dana na voljo za podpis v Washingtonu D.C. 18. marca 1965;
- c) kateri koli drugi obliki reševanja sporov, za katero se dogovorita stranki v sporu.

3. Vsaka pogodbenica brezpogojno soglaša s predložitvijo investicijskega spora mednarodni spravi ali arbitraži. To soglasje vključuje odpoved zahtevi, da je treba izrpati notranja upravna ali sodna pravna sredstva.

4. Vlagatelj se lahko odloži predložiti spor v reševanje v skladu s točko b) drugega odstavka, samo dokler o isti zahtevi ni bilo odločeno na prvi stopnji v postopku v skladu s točko a) drugega odstavka.

5. Pogodbenica ne uveljavlja kot obrambo, protizahtevka, pravico do pobota ali iz katerega koli drugega razloga tega, da je bila ali bo prejeta na podlagi jamstva, garancije ali pogodbe o zavarovanju odškodnina ali drugo nadomestilo za vso domnevno škodo ali njen del.

6. O zadevah v sporu po 9. členu se odloži, če ni drugače dogovorjeno, v skladu z zakonodajo pogodbenice, ki je stranka v sporu, vključno z njenimi kolizijskimi pravili, pravom, ki ureja dovoljenje ali pogodbo, ter ustreznimi pravili mednarodnega prava.

7. Arbitražna odločba je dokončna in zavezujoča za stranki v sporu. Vsaka pogodbenica zagotovi takojšnje in uinkovito priznanje in izvršitev arbitražnih odločb, izdanih na podlagi tega člena.

12. člen

Reševanje sporov med pogodbenicama

1. Spori med pogodbenicama v zvezi z razlago in uporabo tega sporazuma se, kolikor je mogoče, rešujejo mirno s pogajanjem po diplomatski poti.

2. Če pogodbenici spora ne rešita v treh (3) mesecih od začetka pogajanj, se spor na zahtevo ene ali druge pogodbenice predloži arbitražnemu sodišču v skladu z določbami tega člena.

3. Tako arbitražno sodišče se ustanovi za vsak posamezen primer na naslednji način. V dveh mesecih od prejema zahtevka za arbitražo imenuje vsaka pogodbenica enega člana arbitražnega sodišča. Ta dva člana nato izbereta državljana tretje države, s katero imata obe pogodbenici diplomatske odnose, ki se po odobritvi pogodbenic imenuje za predsednika arbitražnega sodišča. Predsednik se imenuje v treh (3) mesecih od datuma, ko sta bila imenovana druga dva člana.

4. Če potrebna imenovanja niso bila opravljena v rokih, določenih v tretjem odstavku tega člena, lahko ena ali druga pogodbenica, če ni dogovorjeno drugače, zaprosi predsednika Meddržavnega sodišča, da opravi potrebna imenovanja. Če je predsednik državljan ene ali druge pogodbenice ali če iz kakršnega koli drugega razloga ne more opraviti omenjene naloge, se zaprosi podpredsednik, da opravi potrebna imenovanja. Če je podpredsednik državljan ene ali druge pogodbenice ali če iz kakršnega koli drugega razloga ne more opraviti omenjene naloge, se zaprosi po funkciji naslednji najstarejši član Meddržavnega sodišča, ki ni državljan ene ali druge pogodbenice, da opravi potrebna imenovanja.

12

520 der Beilagen

5. Arbitražno sodišče odloča z večino glasov. Odločitve arbitražnega sodišča so za pogodbenici dokončne in zavezuječe.

6. Vsaka pogodbenica krije stroške svojega člana in svojega zastopstva v arbitražnem postopku. Pogodbenici prevzameta stroške za predsednika in druge stroške v enakih delih. Glede stroškov lahko arbitražno sodišče odloči drugače.

7. Glede vseh drugih zadev arbitražno sodišče samo določi svoj poslovnik, če pogodbenici ne določita drugače.

13. člen

Uporaba drugih pravil

Če bi zakonske določbe ene ali druge pogodbenice ali obstoječe ali prihodnje obveznosti pogodbenic po mednarodnem pravu poleg tega sporazuma vsebovale splošna ali posebna pravila, ki bi naložbam vlagateljev iz druge pogodbenice zagotavljala ugodnejšo obravnavo, kot jo predvideva ta sporazum, take določbe v obsegu, kolikor so ugodnejše, prevladajo nad tem sporazumom.

14. člen

Uporaba sporazuma

Ta sporazum se uporablja za vse naložbe vlagateljev iz ene pogodbenice na ozemlju druge pogodbenice v skladu z njenimi zakoni in predpisi, ki so obstajale ob začetku njegove veljavnosti ali so bile izvedene po njem. Ta sporazum se ne uporablja za naložbe, glede katerih teče postopek za reševanje sporov po Sporazumu med Republiko Avstrijo in Socialistično federativno republiko Jugoslavijo o spodbujanju in varstvu tujih vlaganj, podpisanem 25. oktobra 1989, ki se zanje še naprej uporablja, dokler spor ni rešen.

15. člen

Posvetovanja

Vsaka pogodbenica lahko po potrebi predlaga posvetovanja o kateri koli zadevi, ki vpliva na izvajanje tega sporazuma. O kraju in času teh posvetovanj se dogovori po diplomatski poti.

16. člen

Začetek veljavnosti in trajanje

1. Sporazum začne veljati prvi dan tretjega meseca po dnevu prejema zadnje diplomatske note, ki potrjuje, da sta pogodbenici izpolnili pogoje, določene z notranjo zakonodajo, za začetek veljavnosti tega sporazuma.

2. Sporazum velja deset (10) let; podaljša se za nedoločen čas in ga lahko ena ali druga pogodbenica pisno odpove po diplomatski poti z dvanajstmesečnim odpovednim rokom.

3. Za naložbe, ki so bile izvedene pred datumom prenehanja veljavnosti tega sporazuma, veljajo določbe od 1. do 15. člena še za nadaljnje obdobje desetih (10) let po datumu prenehanja veljavnosti tega sporazuma.

4. Na datum, ko začne veljati ta sporazum, preneha veljati Sporazum med Republiko Avstrijo in Socialistično federativno republiko Jugoslavijo o spodbujanju in varstvu tujih vlaganj, podpisan 25. oktobra 1989, razen za naložbe, glede katerih teče postopek za reševanje sporov, kot to določa 14. člen tega sporazuma.

V DOKAZ TEGA sta za to pravilno pooblašena predstavnika podpisala ta sporazum.

SESTAVLJENO v dveh izvodih na Dunaj dne 7. marca 2001 v nemškem, slovenskem in angleškem jeziku, pri čemer so vsa besedila enako verodostojna. Pri razlikah v razlagi prevlada angleško besedilo.

Za Republiko Avstrijo:

Benita Ferrero-Waldner

Za Republiko Slovenijo:

Dimitrij Rupel

520 der Beilagen

13

AGREEMENT**BETWEEN THE REPUBLIC OF AUSTRIA AND THE REPUBLIC OF SLOVENIA ON
THE MUTUAL PROMOTION AND PROTECTION OF INVESTMENTS**

The Republic of Austria and the Republic of Slovenia, hereinafter referred to as the “Contracting Parties”,

Desiring to intensify the economic co-operation between the two States,

Intending to encourage and create favourable conditions for investments made by investors of one Contracting Party in the territory of the other Contracting Party on the basis of equality and mutual benefit,

Recognising that the mutual promotion and protection of investments on the basis of this Agreement will stimulate business initiative,

Reaffirming their commitment to the observance of internationally recognised labour standards,

Have agreed as follows:

Article 1**Definitions**

For the purpose of this Agreement:

1. The term “investor” shall mean:

- (a) natural persons having the nationality of either Contracting Party, in accordance with its laws, and
- (b) legal persons, including corporations, commercial or other companies, associations, or any other entities which are incorporated or constituted in accordance with the law of that Contracting Party;

making or having made an investment in the other Contracting Party’s territory.

2. The term “investment by an investor of a Contracting Party” shall mean every kind of asset in the territory of one Contracting Party, owned or controlled, directly or indirectly, by an investor of the other Contracting Party, including:

- (a) movable and immovable property as well as any other rights in rem, such as mortgages, liens, pledges and similar rights;
- (b) shares, stocks and other forms of equity participation in a company, and rights derived therefrom;
- (c) bonds, debentures, loans and other forms of debt, and rights derived therefrom;
- (d) claims to money or to any performance having an economic value and associated with an investment;
- (e) rights in the field of intellectual property, technical processes, goodwill and know-how;
- (f) any right, whether conferred by law or by an administrative act by a competent state authority or by contract, including concessions for prospecting, research and exploitation of natural resources.

Any alteration of the form in which assets are invested or reinvested shall not affect their character as investments, provided that such alteration is in accordance with the laws and regulations of the Contracting Party in whose territory the investment has been made.

3. The term “returns” shall mean the amounts yielded by investments and in particular, though not exclusively, shall include profits, dividends, interests, royalties or other forms of income related to the investments, including licence and other fees.

4. The term “territory” shall mean with respect to each Contracting Party the territory under its sovereignty, including air space and maritime areas, over which the Contracting Party concerned exercises its sovereignty or jurisdiction, in accordance with internal and international law.

5. The term “indirect control” shall mean control in fact, determined after examination of the actual circumstances in each situation. In any such examination, all relevant factors should be considered, including the investors

- (a) financial interest, including equity interest, in the investment;
 - (b) ability to exercise substantial influence over the management and operations of the investment;
- and

14

520 der Beilagen

- (c) ability to exercise substantial influence over the selection of members of the board of directors or any other managing body.

Where there is doubt as to whether an investor controls, directly or indirectly, an investment, an investor claiming such control has the burden of proof that such control exists.

Article 2

Promotion and Protection of Investments

1. Each Contracting Party shall promote and encourage, as far as possible, within its territory investments by investors of the other Contracting Party and shall admit such investments into its territory in accordance with its laws and regulations.

2. Each Contracting Party shall accord at all times fair and equitable treatment to investments by investors of the other Contracting Party.

3. Investments by investors of either Contracting Party shall enjoy full and constant protection and security in the territory of the other Contracting Party. Neither Contracting Party shall in any way impair by unreasonable, arbitrary or discriminatory measures the management, maintenance, use, enjoyment or disposal of investments in its territory by investors of the other Contracting Party.

Article 3

National and Most Favoured Nation Treatment

1. Each Contracting Party shall accord to investors of the other Contracting Party and to their investments treatment no less favourable than that it accords to its own investors and their investments or to investors of any third country and their investments with respect to the management, operation, maintenance, use, enjoyment, sale and liquidation of an investment, whichever is more favourable to the investor.

2. The provisions of this Article shall not be construed so as to oblige one Contracting Party to extend to the investors of the other Contracting Party the benefit of any treatment, preference or privilege by virtue of:

- (a) any membership in a free trade area, customs union, common market, economic community or any multilateral agreement on investment;
- (b) any international agreement or domestic legislation regarding taxation.

Article 4

Transparency

1. Each Contracting Party shall promptly publish, or otherwise make publicly available, its laws, regulations, procedures as well as international agreements which may affect the operation of the Agreement.

2. Each Contracting Party shall give sympathetic consideration to specific questions and provide, upon request, information to the other Contracting Party on matters referred to in paragraph 1.

3. No Contracting Party shall be required to furnish or allow access to information concerning particular investors or investments the disclosure of which would impede law enforcement or would be contrary to its laws and regulations protecting confidentiality.

Article 5

Expropriation and Compensation

1. A Contracting Party shall not expropriate or nationalise directly or indirectly an investment of an investor of the other Contracting Party or take any measures having equivalent effect (hereinafter referred to as "expropriation") except:

- (a) for a purpose which is in the public interest,
- (b) on a non-discriminatory basis,
- (c) in accordance with due process of law, and
- (d) accompanied by payment of prompt, adequate and effective compensation in accordance with paragraphs 2 and 3 below.

2. The compensation referred to in paragraph 1 of this Article shall be computed on the basis of the fair market value of the investment immediately before the expropriation or impending expropriation became public knowledge, whichever is earlier. The compensation shall be paid in a freely convertible currency, without delay, and shall include interest at a commercial rate established on a market basis for

the currency of payment from the date of expropriation to the date of payment and shall be freely transferable and effectively realisable. In case of delay any exchange rate loss arising from this delay shall be borne by the host country.

3. The investor whose investments are expropriated, shall have the right under the law of the expropriating Contracting Party to prompt review by a judicial or other competent authority of that Contracting Party of its case and of the valuation of its investments in accordance with the principles set out in this Article.

Article 6

Compensation for Losses

1. Investors of one Contracting Party whose investments have suffered losses owing to war or other armed conflict, revolution, national uprising, state of emergency or any similar event or force majeure in the territory of the other Contracting Party shall be accorded by the latter Contracting Party treatment, as regards measures it adopts in relation to such losses, including compensation, indemnification and restitution, no less favourable than that which the latter Contracting Party accords to its own investors or investors of any third State.

2. An investor of a Contracting Party who in any of the events referred to in paragraph 1 suffers loss resulting from:

- (a) requisitioning of its investment or part thereof by the forces or authorities of the other Contracting Party, or
- (b) destruction of its investment or part thereof by the forces or authorities of the other Contracting Party, which was not required by the necessity of the situation, shall in any case be accorded by the latter Contracting Party restitution or compensation which in either case shall be prompt, adequate and effective and, with respect to compensation, shall be in accordance with paragraphs 2 and 3 of Article 5.

Article 7

Transfers

1. Each Contracting Party shall guarantee investors of the other Contracting Party the free transfer into and out of its territory of funds related to their investments and in particular, though not exclusively:

- (a) initial capital and additional contributions for the maintenance or development of the investments;
- (b) returns;
- (c) payments made under contracts including loan agreements;
- (d) proceeds from the sales or liquidation of all or part of an investment;
- (e) any compensation or other payment referred to in Articles 5 and 6 of this Agreement;
- (f) payments arising out of the settlement of a dispute;
- (g) earnings and other remuneration of personnel engaged from abroad in connection with the investment.

2. The transfers referred to in this Article shall be made without restriction or delay at the market rate of exchange applicable on the date of transfer and shall be made in a freely convertible currency.

3. In the absence of a market for foreign exchange, the rate to be used shall be the most recent exchange rate for conversion of currencies into Special Drawing Rights.

4. Notwithstanding paragraphs 1 to 3, a Contracting Party may prevent a transfer through the equitable, non-discriminatory and good faith application of its laws relating to:

- (a) bankruptcy, insolvency or the protection of the rights of creditors;
- (b) issuing, trading or dealing in securities;
- (c) criminal or penal offences; or
- (d) ensuring compliance with orders or judgements in adjudicatory proceedings; provided that such measures and their application shall not be used as a means of avoiding the Contracting Party's commitments or obligations under this Agreement.

Article 8

Subrogation

If a Contracting Party or its designated agency makes a payment to its investor under an indemnity, guarantee or contract of insurance given in respect of an investment in the territory of the other Contracting Party, the latter Contracting Party shall recognise the assignment to the former Contracting

16

520 der Beilagen

Party or its designated agency of all rights and claims of the investor and the right of the former Contracting Party or its designated agency to exercise by virtue of subrogation any such right and claim to the same extent as its predecessor in title.

Article 9

Other Obligations

Each Contracting Party shall observe any obligation it may have entered into with regard to specific investments by investors of the other Contracting Party.

Article 10

Denial of Benefits

A Contracting Party may deny the benefits of this Agreement to an investor of the other Contracting Party and to its investments, if investors of a Non-Contracting Party own or control the first mentioned investor and that investor has no substantial business activity in the territory of the Contracting Party under whose law it is constituted or organised.

Article 11

Settlement of Disputes between a Contracting Party and an Investor of the other Contracting Party

1. Any dispute which may arise between one Contracting Party and an investor of the other Contracting Party concerning an alleged breach of an obligation of the former under this Agreement which causes loss or damage to the investor or its investment shall be settled amicably through negotiations.

2. If such a dispute cannot be settled within a period of three (3) months from the date of request for settlement, the investor concerned may submit the dispute to:

- (a) the competent court or administrative tribunal of the Contracting Party;
- (b) an arbitral tribunal established under:
 - (i) the arbitration rules of the United Nations Commission on International Trade Law (UNCITRAL);
 - (ii) the rules of arbitration of the International Chamber of Commerce (ICC);
 - (iii) the rules of the International Centre for the Settlement of Investment Disputes (ICSID), established under the Convention on the Settlement of Investment Disputes between States and Nationals of other States, opened for signature in Washington, D.C. on March 18, 1965;
- (c) any other form of dispute settlement agreed upon by the parties to the dispute.

3. Each Contracting Party hereby consents unconditionally to the submission of an investment dispute to international conciliation or arbitration. This consent implies the renunciation of the requirement that the internal administrative or judicial remedies should be exhausted.

4. The investor may choose to submit the dispute for resolution according to paragraph 2b only until there has been a decision concerning the same claim in the first instance in the proceedings according to paragraph 2a.

5. A Contracting Party shall not assert as a defence, counter-claim, right of set-off or for any other reason, that indemnification or other compensation for all or part of the alleged damages has been received or will be received pursuant to an indemnity, guarantee or insurance contract.

6. Issues in dispute under Article 9 shall be decided, absent other agreement, in accordance with the law of the Contracting Party, party to the dispute, including its rules on the conflict of laws, the law governing the authorisation or agreement and such rules of international law as may be applicable.

7. The award shall be final and binding on both parties to the dispute. Each Contracting Party shall ensure prompt and effective recognition and enforcement of awards made pursuant to this Article.

Article 12

Settlement of Disputes between the Contracting Parties

1. Disputes between the Contracting Parties concerning the interpretation and application of this Agreement should, as far as possible, be settled amicably by negotiations through diplomatic channels.

2. If the Contracting Parties fail to reach a settlement within three (3) months after the beginning of negotiations, the dispute shall, upon the request of either Contracting Party, be submitted to an arbitral tribunal, in accordance with the provisions of this Article.

3. Such an arbitral tribunal shall be constituted for each individual case in the following way. Within two months of the receipt of the request for arbitration each Contracting Party shall appoint one member of the tribunal. Those two members shall then select a national of a third State, with which both Contracting Parties maintain diplomatic relations, who on approval by the two Contracting Parties shall be appointed Chairman of the tribunal. The Chairman shall be appointed within three (3) months from the date of appointment of the other two members.

4. If within the periods specified in paragraph 3 of this Article the necessary appointments have not been made, either Contracting Party may, in the absence of any other agreement, invite the President of the International Court of Justice to make any necessary appointments. If the President is a national of either Contracting Party or is otherwise prevented from discharging the said function, the Vice-President shall be invited to make the necessary appointments. If the Vice-President is a national of either Contracting Party or is prevented from discharging the said function, the Member of the International Court of Justice next in seniority who is not a national of either Contracting Party shall be invited to make the necessary appointments.

5. The arbitral tribunal shall rule according to majority vote. The decisions of the tribunal shall be final and binding on both Contracting Parties.

6. Each Contracting Party shall be responsible for the costs of its own member and of its representation in the arbitral proceedings. Both Contracting Parties shall assume an equal share of the cost of the Chairman, as well as any other costs. The tribunal may make a different decision regarding costs.

7. In all other respects, the tribunal shall define its own rules of procedure, unless the Contracting Parties decide otherwise.

Article 13

Application of other Rules

If the provisions of law of either Contracting Party or obligations under international law existing at present or established hereafter between the Contracting Parties in addition to this Agreement contain a regulation, whether general or specific, entitling investments made by investors of the other Contracting Party to a treatment more favourable than is provided for by this Agreement, such provisions shall, to the extent that they are more favourable, prevail over this Agreement.

Article 14

Application of the Agreement

This Agreement shall apply to all investments made by investors from one Contracting Party in the territory of the other Contracting Party in accordance with its laws and regulations existing at or made after its entry into force. This Agreement shall not apply to the investments which are subject of a dispute settlement procedure under the Agreement between the Republic of Austria and the Socialist Federal Republic of Yugoslavia on the Promotion and Protection of Investments signed on 25 October 1989 which shall continue to apply to them until a settlement of the dispute is reached.

Article 15

Consultations

Each Contracting Party may propose to hold, whenever necessary, consultations on any matter affecting the implementation of this Agreement. These consultations shall be held at a place and a time to be agreed upon through diplomatic channels.

Article 16

Entry into force and Duration

1. This Agreement shall enter into force on the first day of the third month after the day of the receipt of the last diplomatic note confirming that the Contracting Parties have complied with the conditions provided for by national legislation for the entry into force of the present Agreement.

2. This Agreement shall remain in force for a period of ten (10) years; it shall be extended for an indefinite period and may be denounced in writing through diplomatic channels by either Contracting Party giving twelve months' notice.

18

520 der Beilagen

3. In respect of investments made prior to the date of termination of this Agreement the provisions of Articles 1 to 15 shall remain in force for a further period of ten (10) years from the date of termination of this Agreement.

4. On the date of entry into force of the present Agreement, the Agreement between the Republic of Austria and the Socialist Federal Republic of Yugoslavia on the Promotion and Protection of Investments signed on 25 October 1989 shall be terminated, except for investments which are subject of a dispute settlement procedure as stipulated in Article 14 of the present Agreement.

IN WITNESS THEREOF, the undersigned representatives, duly authorised thereto, have signed the present Agreement.

DONE in duplicate at Vienna, on 7, March 2001, in the German, Slovene and English languages, all texts being equally authentic. In case of any divergence of interpretation, the English text shall prevail.

For the Republic of Austria:

Benita Ferrero-Waldner

For the Republic of Slovenia:

Dimitrij Rupel

Vorblatt

Problem:

Die Förderung und der Schutz von Investitionen im Ausland wird von den innerstaatlichen Rechtsnormen des ausländischen Staates geregelt, ohne dass der Heimat- oder Sitzstaat des Investors ein Recht hat, effiziente Schutzfunktionen auszuüben. Dies kann sich hemmend auf die im beiderseitigen Interesse liegende Investitionsbereitschaft auswirken.

Problemlösung:

Das vorliegende Abkommen hat die Förderung und den Schutz von Investitionen zum Gegenstand und regelt auf der Grundlage der Gegenseitigkeit ua. die Entschädigungspflicht bei Enteignungen, die Frage von Überweisungen und Formen der Streitbeilegung. Das Abkommen beruht auf dem Prinzip der Meistbegünstigung und Inländergleichbehandlung – ausgenommen Vorteile, die sich aus Integrationsmaßnahmen uä. ergeben. Auf Grund dieses Vertragsinstrumentes ist jede Vertragspartei in der Lage, die Rechte ihres Investors im Investitionsland sicherzustellen und zu vertreten.

Alternativen:

Beibehaltung der bisherigen unbefriedigenden Rechtslage.

Kosten:

Keine. Mit der Vollziehung des Abkommens ist weder ein vermehrter Sachaufwand noch ein zusätzlicher Personalaufwand verbunden.

Auswirkungen auf den Wirtschaftsstandort Österreich:

Die Möglichkeit, von Österreich aus unter vertraglich abgesicherten Bedingungen Investitionen in der Republik Slowenien vornehmen zu können, kann die Attraktivität Österreichs als Wirtschaftsstandort erhöhen. Auch kann erwartet werden, dass Investoren aus der Republik Slowenien verstärkt in Österreich investieren werden und auch so neue Arbeitsplätze geschaffen werden.

Konformität mit EU-Recht:

Die Vereinbarkeit mit dem EU-Recht ist gegeben, da die Mitgliedstaaten weiterhin grundsätzlich zum Abschluss solcher Abkommen zuständig sind. Ein den Gegenstand des Abkommens abdeckendes Übereinkommen der EU besteht nicht.

Besonderheiten des Normerzeugungsverfahrens:

Zustimmung des Bundesrates gemäß Art. 50 Abs. 1 zweiter Satz B-VG.

Erläuterungen

Allgemeiner Teil

Das gegenständliche Abkommen ist gesetzändernd bzw. Gesetzesergänzend und bedarf daher gemäß Artikel 50 Abs. 1 B-VG der Genehmigung durch den Nationalrat. Da das Abkommen auch Angelegenheiten, die den selbständigen Wirkungsbereich der Länder betreffen, regelt, bedarf es gemäß Artikel 50 Abs. 1 zweiter Satz B-VG auch der Zustimmung des Bundesrates. Es hat nicht politischen Charakter und ist der unmittelbaren Anwendung im innerstaatlichen Rechtsbereich zugänglich, sodass eine Erlassung von Gesetzen gemäß Artikel 50 Abs. 2 B-VG nicht erforderlich ist. Das Abkommen enthält keine verfassungsändernden Bestimmungen. Die einzelnen EU-Mitgliedstaaten schließen analoge Abkommen mit Drittländern ab.

Investitionsschutzabkommen werden üblicherweise zwischen Industriestaaten einerseits und wirtschaftlich weniger entwickelten Ländern andererseits abgeschlossen. Ihr Ziel ist es, Investitionstätigkeit zu fördern und getätigte Investitionen zu schützen. Es liegt in den wirtschaftlichen Gegebenheiten, dass Investitionen in erster Linie von den Industriestaaten in die wirtschaftlich weniger entwickelten Länder fließen. Es ist aber nicht auszuschließen, dass der Investitionsfluss auch eine umgekehrte Richtung nimmt. Ein Industriestaat muss daher grundsätzlich bei der Verhandlung solcher Abkommen auf diese Möglichkeit im Lichte seiner eigenen Wirtschaftsstruktur sowie seiner Gesetzgebung Bedacht nehmen.

Da die Grundaufgabe von Investitionsschutzabkommen in jedem Fall die gleiche ist, und da die von Österreich angestrebten Investitionsschutzabkommen im Regelfall ausgehend von einem, von einem OECD-Basisentwurf abgeleiteten, österreichischen Mustervertrag verhandelt werden, sind die Abkommensinhalte einander im Allgemeinen in hohem Maße ähnlich bis identisch. Größere Abweichungen ergeben sich in der Regel nur bei Fragen der Streitbeilegung zwischen einer Vertragspartei und einem Investor und bei den Modalitäten des Devisentransfers.

Die Vertragsparteien sichern sich die Meistbegünstigung und Inländergleichbehandlung zu. Die Bestimmungen des österreichischen Fremdenrechtes und der österreichischen Grundverkehrsgesetzgebung bleiben davon unberührt.

Es kann erwartet werden, dass die österreichische Wirtschaft in Zukunft von der Möglichkeit zu Investitionstätigkeiten in der Republik Slowenien in vermehrtem Maße Gebrauch machen wird. Auch seitens der Republik Slowenien besteht Interesse an Investitionen aus Österreich sowie die Bereitschaft, durch entsprechende innerstaatliche Regelungen ausländische Investitionstätigkeit zu fördern. Ziel des gegenständlichen Abkommens ist es, die österreichischen Firmen bei ihren Investitionsbemühungen in der Republik Slowenien zu unterstützen und sie gegen dabei allenfalls entstehende Risiken abzusichern.

Besondere Bedeutung kommt der Regelung der Entschädigung im Falle der Verstaatlichung oder jeder sonstigen Maßnahme mit einer der Enteignung gleichkommenden Wirkung zu. Einen wichtigen Vertragsbestandteil bilden ferner die Bestimmungen betreffend den Transfer von Erträgen aus Investitionen, von Rückzahlungen von in Devisen gewährten Darlehen, von Erlösen aus der Liquidation oder Veräußerung von Investitionen und von Entschädigungen im Enteignungsfall.

Bei Streitigkeiten zwischen einem Investor und einem Vertragsstaat sieht das Abkommen ein Schiedsverfahren vor. Streitigkeiten aus einer Investition zwischen einer Vertragspartei und einem Investor der anderen Vertragspartei, die auf dem Verhandlungswege nicht innerhalb einer Frist von drei Monaten beigelegt werden können, können auf Antrag des Investors der anderen Vertragspartei dem Internationalen Zentrum für die Beilegung von Investitionsstreitigkeiten im Sinne der Washingtoner Konvention über die Beilegung von Investitionsstreitigkeiten vom 18. März 1965, einem auf Grund der UNCITRAL-Regeln errichteten Ad-hoc-Schiedsgericht oder einem Schiedsgericht gemäss den Schiedsregeln der Internationalen Handelskammer unterbreitet werden.

Besonderer Teil

Präambel:

Diese enthält im Wesentlichen die Motive der vertragschließenden Parteien.

Artikel 1:

Dieser Artikel dient dazu, die im Abkommen vorkommenden wesentlichen Begriffsinhalte zu definieren.

Der Begriff „Investor“ wird in Bezug auf die Vertragsparteien in zweierlei Weise definiert: im Falle natürlicher Personen durch die Staatsangehörigkeit, im Falle juristischer Personen usw. durch eine Berücksichtigung der Sitz- und Kontrolltheorie.

Der Begriff „Investition“ ist sowohl inhaltlich als auch durch eine umfangreiche, wenn auch nicht erschöpfende Aufzählung von Vermögenswerten definiert. Die Aufzählung folgt einem internationalen Standard.

Die Definition der „Erträge“ entspricht sowohl inhaltlich als auch in der demonstrativen Aufzählung internationaler Praxis.

Die Definition des „Hoheitsgebietes“ entspricht derjenigen des Völkerrechts.

Die Definition „indirekte Kontrolle“ bezeichnet die tatsächliche Kontrolle unter Einschluss sämtlicher wesentlicher Faktoren.

Artikel 2:

In diesem Artikel wird unter einem allgemeinen Gesetzesvorbehalt die Förderung und der Schutz von Investitionen behandelt.

Absatz 1 und 2 enthalten Vertragsbestimmungen allgemeiner Natur. Konkrete Maßnahmen sind nicht angesprochen, vielmehr ist den Vertragsparteien bei der Gestaltung dieser Maßnahmen, unter der Bedingung der Gerechtigkeit und Billigkeit, freie Hand gelassen. Die Bestimmungen des österreichischen Fremdenrechts werden hievon nicht berührt.

Absatz 3 legt den vollen und dauerhaften Schutz und die Sicherheit von Investitionen im Gebiet der anderen Vertragspartei fest.

Artikel 3:

Absatz 1 legt sowohl für Investoren als auch für die getätigten Investitionen das Prinzip der Meistbegünstigung und Inländergleichbehandlung fest.

Absatz 2 schließt aus, dass die Bestimmungen gemäß Absatz 1 dahingehend ausgelegt werden, dass sie eine Vertragspartei verpflichten, den Investoren der anderen Vertragspartei den Vorteil einer Behandlung, Präferenz oder eines Privilegs, welche sich aus

- a) der Mitgliedschaft in einer Freihandelszone, einer Zollunion, eines gemeinsamen Marktes, einer Wirtschaftsgemeinschaft oder eines multilateralen Investitionsabkommens,
- b) einem internationalen Abkommen oder einer innerstaatlichen Rechtsvorschrift über Steuerfragen ergeben, zu gewähren.

Artikel 4:

Die Veröffentlichung von Gesetzen, Rechtsvorschriften, Verfahren und internationalen Abkommen, die die Wirksamkeit dieses Abkommens beeinflussen könnten, durch die Vertragsparteien soll das Vertrauen der Investoren bezüglich der Rechtssicherheit erhöhen.

Artikel 5:

Dieser Artikel behandelt die Frage der Entschädigung eines Investors für den Fall einer Enteignung durch eine Vertragspartei und ist somit als einer der wichtigsten Artikel des Abkommens anzusehen.

In Absatz 1 wird die Enteignung durch Bindung an vier Bedingungen hinsichtlich ihrer Anwendbarkeit wesentlich eingegrenzt. Sie darf nur:

1. im öffentlichen Interesse,
2. auf Grundlage der Nichtdiskriminierung,
3. unter Einhaltung eines ordentlichen Verfahrens und
4. gegen Bezahlung einer umgehenden, angemessenen und effektiven Entschädigung erfolgen.

In Absatz 2 ist die Entschädigungspflicht so formuliert, dass sie eine weitestgehende Wertsicherung und Verwertbarkeit für die betroffenen Vermögenswerte garantiert, das heißt, dass die Entschädigung dem realen Wert der Investition unmittelbar vor dem Zeitpunkt entsprechen muss, in dem die tatsächliche Maßnahme der Enteignung gesetzt oder die bevorstehende Enteignung bekannt wurde, je nachdem, welcher Zeitpunkt früher liegt.

Absatz 3 räumt dem Investor das Recht ein, den Fall sowie die Bewertung der Investition durch ein richterliches oder anderes zuständiges Organ der Vertragspartei, welche die Enteignung veranlasst hat, überprüfen zu lassen.

Artikel 6:

Absatz 1 sieht bei Erleiden von Schaden oder Verlust durch Krieg oder anderen bewaffneten Konflikt, durch nationalen Notstand, Revolte, Unruhen, Aufstand, Aufruhr oder sonstige ähnliche Ereignisse im Hoheitsgebiet einer Vertragspartei zumindest Inländergleichbehandlung für den geschädigten Investor der anderen Vertragspartei vor.

Absatz 2 berührt umgehende Rückerstattung oder umgehende angemessene Entschädigung für im Rahmen der obzitierten Handlungen von Streitkräften einer Vertragspartei herbeigeführten Schaden oder Verlust.

Artikel 7:

Dieser Artikel behandelt den freien Transfer von in Zusammenhang mit einer Investition stehenden Zahlungen. Die Buchstaben a bis g spezifizieren die Art der Zahlungen, wobei der Enumeration nicht ausschließender Charakter zukommt. Die Absätze 2 und 3 berühren die Frage der Wechselkurse, der Absatz 4 mögliche, eng umschriebene und taxativ aufgezählte Ausnahmen von der Transferverpflichtung.

Artikel 8:

Da Investitionen seitens öffentlicher Stellen eines Staates, dem der Investor angehört, vielfach mit Garantien ausgestattet werden, ist vorgesehen, dass im Falle des Eintrittes des Garantiegebers in die Rechte des Garantiennehmers dieser Eintritt von der anderen Vertragspartei anerkannt wird.

Artikel 9:

erlegt den Vertragsparteien die Beachtung der von ihnen übernommenen Verpflichtungen in Bezug auf genehmigte Investitionen auf.

Artikel 10:

Durch diesen Artikel sollen Investoren aus Drittstaaten, die zwar im Hoheitsgebiet einer der Vertragsparteien Unternehmen besitzen oder kontrollieren, dort jedoch keine nennenswerten Aktivitäten entfalten, von den Begünstigungen dieses Abkommens ausgeschlossen werden.

Artikel 11:

Bei Streitigkeiten zwischen einem Investor und einem Vertragsstaat soll im Sinne des Abkommens zunächst eine Beilegung auf freundschaftlichem Weg versucht werden. Können Streitigkeiten aus einer Investition zwischen einer Vertragspartei und einem Investor der anderen Vertragspartei nicht innerhalb einer Frist von drei Monaten auf dem Verhandlungswege beigelegt werden, so kann sie der Investor nach seiner Wahl dem zuständigen Gericht oder Verwaltungsgericht der Vertragspartei, dem Internationalen Zentrum für die Beilegung von Investitionsstreitigkeiten im Sinne der Washingtoner Konvention über die Beilegung von Investitionsstreitigkeiten vom 18. März 1965, einem auf Grund der UNCITRAL-Regeln oder den Schiedsregeln der Internationalen Handelskammer errichteten Ad-hoc-Schiedsgericht oder einem sonstigen Ad-hoc-Schiedsgericht unterbreiten. Weiters ist jegliche andere Form von Streitbeilegung, auf die sich die Streitparteien einigen, vorgesehen.

Artikel 12:

behandelt Streitigkeiten über die Auslegung und Anwendung des vorliegenden Vertrages zwischen den Vertragsparteien.

Artikel 13:

Gesetzesvorschriften oder völkerrechtliche Verpflichtungen einer Vertragspartei, die für einen Investor der anderen Vertragspartei eine günstigere Behandlung vorsehen als die Bestimmungen dieses Abkommens, sollen diesem vorgehen.

Artikel 14:

sieht die Geltung des Abkommens für Investitionen, die sowohl vor oder nach dessen In-Kraft-Treten getätigt werden. Es gilt jedoch nicht für Investitionen, für die bereits ein Streitbeilegungsverfahren auf Grund des Abkommens zwischen Österreich und dem ehemaligen Jugoslawien (BGBl. Nr. 152/1991 idF des Notenwechsels BGBl. Nr. 714/1993) eingeleitet wurde. Für derartige Streitigkeiten gilt das letztgenannte Abkommen weiter.

Artikel 15:

sieht die Möglichkeit von Konsultationen auf Wunsch einer der Vertragsparteien vor.

Artikel 16:

Das Abkommen wird durch gegenseitige Notifikation in Kraft gesetzt.

Das Abkommen bleibt zehn Jahre in Kraft und verlängert sich danach auf unbestimmte Zeit, wobei es von jeder Vertragspartei unter Einhaltung einer Kündigungsfrist von zwölf Monaten schriftlich auf

520 der Beilagen

23

diplomatischem Wege gekündigt werden kann. Weiters wird eine zehnjährige Weitergeltung für Investitionen vereinbart, die vor dem Außer-Kraft-Treten des Abkommens getätigt wurden.